

1093 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXVII. GP

Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales

über den Antrag 1436/A der Abgeordneten Josef Muchitsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 geändert wird

Die Abgeordneten Josef **Muchitsch**, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Initiativantrag am 24. März 2021 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Die Verlängerung der Auszahlung der Notstandshilfe in Höhe des Arbeitslosengeldes soll gesetzlich zumindest bis 30. Juni 2021 und durch Verordnungsermächtigung bis Ende des Jahres 2021 möglich sein.

Die Arbeitsmarktsituation hat sich nicht verbessert, im Gegenteil. Die Arbeitslosigkeit verfestigt sich, noch nie waren so viele Menschen langzeitbeschäftigte wie jetzt. 140.000 Personen sind davon betroffen und offene Stellen kaum vorhanden. Die Armutgefährdung in dieser Gruppe steigt enorm. Die Regierung verabsäumt es auch, durch Beschäftigungsprojekte jetzt steuernd in den Arbeitsmarkt einzutreten. Es muss den Betroffenen daher zumindest finanziell geholfen werden.“

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat den gegenständlichen Initiativantrag in seiner Sitzung am 13. April 2021 erstmals in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter Abgeordneten Michael **Seemayer** die Abgeordneten Mag. Markus **Koza**, Mag. Gerald **Loacker**, Dr. Dagmar **Belakowitsch**, Mag. Klaus **Fürlinger**, Laurenz **Pöttinger**, Rebecca **Kirchbaumer** sowie der Bundesminister für Arbeit Mag. Dr. Martin **Kocher** und der Ausschussobermann Abgeordneter Josef **Muchitsch**. Die Verhandlungen wurden vertagt.

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat den gegenständlichen Initiativantrag in seiner Sitzung am 9. Juni 2021 erneut in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Rebecca **Kirchbaumer**, Alois **Stöger**, diplômé, Mag. Gerald **Loacker**, Mag. Markus **Koza**, Dr. Dagmar **Belakowitsch**, Peter **Wurm**, Mag. Ernst **Gödl**, Tanja **Graf**, Mag. Michael **Hammer** sowie der Bundesminister für Arbeit Mag. Dr. Martin **Kocher** und der Ausschussobermann Abgeordneter Josef **Muchitsch**. Anschließend wurden die Verhandlungen vertagt.

In seiner Sitzung am 6. Oktober 2021 hat der Ausschuss für Arbeit und Soziales den gegenständlichen Initiativantrag erneut in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Mag. Markus **Koza**, Mag. Gerald **Loacker**, Bettina **Zopf** sowie der Bundesminister für Arbeit Mag. Dr. Martin **Kocher** und der Ausschussobermann Abgeordneter Josef **Muchitsch**.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Initiativantrag keine Mehrheit (**für den Antrag: S, F, dagegen: V, G, N**).

Zur Berichterstatterin für den Nationalrat wurde Abgeordnete Bettina **Zopf** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss für Arbeit und Soziales somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2021 10 06

Bettina Zopf

Berichterstatterin

Josef Muchitsch

Obmann

